

# Stellungnahme

Eingebracht von: Steinwender, Margit

Eingebracht am: 27.08.2020

---

Sehr geehrte Damen und Herren,  
hier mein Einspruch gegen diesen Entwurf der Gesetzesänderung – er ist grundsätzlich abzulehnen!

Mit diesem Gesetzesentwurf wird der Willkür eines einzelnen Ministers, der im aktuellen Fall nicht einmal das nötige Fachwissen für sein Amt mitbringt, Tür und Tor geöffnet. Es ist daraus keine Verbesserung für einen maßvollen und überlegten gesellschaftlichen Umgang im Falle einer Epidemie abzuleiten, deren Definition hier auch nicht genauer beschrieben wird – ein Defizit im Text. Es sollte grundsätzlich die Eignung von Personen zur Bekleidung diverser Ministerien gründlich überprüft werden (Herbert Haupt als Frauenminister, Klaudia Tanner als Verteidigungsministerin, Gernot Blümel als Finanzminister, etc. – eine endlose Liste von ungeeigneten Besetzungen).

Zurück zum Entwurf: keine Verbesserung, ganz im Gegenteil, es soll über die Faktoren Gesundheit und Schutz eine überbordende Überwachung und Wegschließung einzelner Personen legitimiert werden. Ebenso sollen damit sämtliche errungene Freiheiten und Menschenrechte außer acht gelassen und mit diesem Gesetz aufgehoben werden. Es gilt, in der Krise auch Menschenrechte zu verteidigen!

Grundlage für diesen Entwurf war eine künstlich konstruierte Pandemie (Corona, Covid-19), deren Behauptung jeglicher wissenschaftlicher Grundlagen entbehrt. Demzufolge kann es nicht als „Anlaßgesetzgebung“ ausgelegt werden, sondern als reine Einschränkung persönlicher und wirtschaftlicher (existenzieller) Freiheiten, die über dieses Gesetz erfolgen soll.

Eine klare und eindeutige Absage an diesen Entwurf.